

weiterentwickelt der St. Wendel. Das ganze Gebiet unterliegt dem Hauptpostamt Kreuznach.

**Ein deutsches Note wegen der Ludwigshafener Vorgänge.** Der französischen Regierung wurde eine deutsche Note überreicht wegen der deutschen Vorkommnisse in Ludwigshafen in der Nacht vom 28. zum 29. August. Es drang damals eine französische Patrouille in das Postamt. Dabei wurden der Postverwalter Sch und der Briefträger Frank erschossen, ein weiterer Beamter schwer verwundet. Die deutsche Note gibt der Erwartung Ausdruck, daß französischerseits eine Untersuchung des Vorfalles eingeleitet worden ist und bittet um Mitteilung der gegen die Schuldigen getroffenen Maßnahmen. Die Note fordert weiter eine angemessene Entschädigung der beiden ihrer Ernährer beraubten Familien und eine Schadloshaltung des verwundeten Beamten durch Ersatz der Kurkosten. — In Berlin sind Ententeoten wegen der Lage im Baltikum und wegen Eupen-Malmédy eingetroffen.

**Keine Sozialisierung des Arztstandes.** In Eisenach tagte der 41. deutsche Arztetag, um zu beraten, wie sich die Ärzte den „neuen Verhältnissen“ anpassen müssen. Einstimmige Annahme fand folgender Beschlus: „Die Ärzteschaft als die berufene Hüterin der Volksgesundheit spricht sich dahin aus, daß die Bekämpfung der Volkskrankheit und die soziale Hygiene durch beamtete Fürsorgeorgane und die Errichtung eines Landesgesundheitsamtes mit einem Ärzte an der Spitze durchzuführen ist. Dagegen lehnt sie eine Verstaatlichung der Ärzte ab, bezuglich der Behandlung der Kranken und im Hinblick auf das unbedingt notwendige persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Kranken und im Interesse aller Kranken sowie des ärztlichen Berufs und der ärztlichen Wissenschaft grundsätzlich ab. Die restlose Durchführung der organisierten freien Ärzteswahl im gesamten ländlichen Dienst sichert am vollkommensten die Erfüllung auch der umfassenden Aufgaben des Heilwesens. Der ärztliche Stand ordnet sich am zweckmäßigsten in freier gemeinschaftlicher Form dem Organismus des werktätigen Volkes an.“

**Die katholische Fakultät für Frankfurt.** Wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Frankfurt a. M. berichtet wird, sind in Frankfurt Bestrebungen im Gange, die katholische theologische Fakultät der Universität Straßburg nach Frankfurt a. M. zu verlegen, da die theologische Fakultät der Freiburger Hochschule für die vertriebene Straßburger Fakultät nur beschränkt aufnahmefähig ist. Wie das Blatt weiter dazu berichtet, ist es bei der augenblicklichen finanziellen Lage des Staates ausgeschlossen, daß für Zwecke der Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Frankfurt a. M. staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch die Mittel, über die die Frankfurter Universität selbst verfügt, dürften eine wesentliche Unterstützung des Planes kaum gestatten. So seien denn die Ausschüsse, den Plan durchzuführen, infolge der finanziellen Schwierigkeiten sehr beschränkt, es müßte denn sein, daß die Finanzierung von dritter, interessierter Seite in die Hand genommen würde. Bei der Errichtung der Frankfurter Universität hätte man die Eingliederung einer evangelisch-theologischen Fakultät bekanntlich mit bewusster Absicht unterlassen. Es würde immerhin einen starken Umsturz der Anschauungen bedeuten, wenn man heute in den maßgebenden Frankfurter Kreisen der Bildung einer katholisch-theologischen Fakultät geneigt sein sollte.

**Wahlunterlage der Unabhängigen in Braunschweig.** Die Stichwahl für die Neubestellung des Magistrats der Stadt Braunschweig endete gleichfalls mit einer schweren Niederlage der Unabhängigen. Es wurden nur die beiden Kandidaten der Bürgerlichen und Mehrheitssozialisten gewählt. Die Wahl fiel auf den demokratischen Schulinspektor Schaber und den mehrheitssozialistischen Geschäftsführer Bogler. Jeder dieser beiden gewählten Kandidaten brachte es auf ca. 24700 Stimmen, während jeder der unabhängigen Gegenkandidaten nur rund 11000 Stimmen erhielt. Eine besonders überraschende Niederlage ergab sich bei der Bürgermeistereiwahl in der Stadt Schöningen, wo bisher bei allen Wahlen die Unabhängigen die meisten Stimmen hatten. Der bekannte Landtagsabgeordnete und frühere Ministerpräsident Deter, das bekannte Oberhaupt der Braunschweiger Unabhängigen, brachte es dort nur auf 1947 Stimmen, für seinen Gegenkandidaten, den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Schlegel, wurden 2290 Stimmen abgegeben. Letzterer ist somit als Bürgermeister der Stadt Schöningen gewählt. Bei einem Vergleich mit der Wahl für die deutsche Nationalversammlung hat sich der Stimmenverlust für die Unabhängigen in der Stadt Braunschweig auf 15000 Stimmen erhöht.

**Die Regierung der Republik Virensfeld von Frankreichs Gnade hat die für den 28. September bestimmten Gemeinderatswahlen und die für den 5. Oktober beschlossenen Landeswahlen ohne Angabe von Gründen — angeblich auf Befehl der Besatzungsbehörden — verboten. Sie befürchtet wahrscheinlich die unbedingt sichere Wahlniederlage.**

**Entwurf eines deutsch-polnischen Abkommens.** Zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und den Mitgliedern der polnischen Delegation wurde der Entwurf eines Abkommens über die Gewährung einer Amnestie und die Freilassung sämtlicher Kriegsgefangener und etwa nach Internierter festgestellt. Desgleichen wurden die deutschen Vorschläge in den Fragen der Option Liquidation und des Minoritätenschutzes mit Ausnahme der Schul- und Kirchenfragen den polnischen Vertretern mitgeteilt. Für Mittwoch oder Donnerstag ist eine Entscheidung über den Entwurf des Abkommens und die Antwort der polnischen Delegation auf die deutschen Vorschläge zu erwarten. Ferner hat die polnische Delegation auf eine deutsche Anfrage zugesagt, daß der Verbringung von Umzugs- und deutscher Beamten aus den von Polen besetzten Gebieten nach Deutschland kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Es sei nur eine Anmeldung bei den zuständigen Stellen erforderlich. Nach Mitteilungen der interalliierten Militärmissionen hat die polnische Regierung die sofortige Rückführung der aus Ober-Schlesien verschleppten Deutschen verfügt.

**Die Aufhebung des Bankgeheimnisses.** Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung erledigte den § 175 (Befugnis der Finanzbeamten zum Betreten von Grundstücken und Räumen der Steuerpflichtigen). Ein Zentrumsmitglied hatte die Abänderung beantragt, daß das Betreten nur zulässig ist, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle nötige Abschätzungen innerhalb der üblichen Geschäfts- oder Arbeitsstunden vorzunehmen. Weiter wurde von Zentrum beantragt, daß der Steuerpflichtige Wertpapiere auf Verlangen vorzulegen und Einsicht in die Verhältnisse zu gewähren oder zu verschaffen hat, in denen er sie aufbewahrt. Beide Zentrumsanträge wurden angenommen. Unverändert angenommen wurde § 177 (Vernehmung von Zeugen vor dem Finanzamt im Steuerermittlungsverfahren, insbesondere Vernehmung von Angestellten). Ebenso wurde angenommen § 181, wonach die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten einschließlich der Beamten der Reichsbank, der Staatsbanken und der Schulbuchverwaltungen zur Verschwiegenheit nicht für ihre Auskunfts-pflicht gegenüber den Finanzämtern gilt. Nur die Post- und Telegraphenbeamten bleiben ausgenommen.

**Der preussische Minister für ein Groß-Preußen.** Wie der meiningische Staatssekretär bekannt gibt, hat sich der preussische Minister des Innern seine bezüglich des Anschlusses der thüringischen Staaten an Preußen dahin ausgesprochen, daß ein solcher in Frage kommen könne, wenn ihn sämtliche thüringischen Staaten vollaufen. Der preussische Minister erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung des großthüringischen Staates unter Einbeziehung des Stadt- und Landkreises Erfurt als das Zweckmäßigste halte. Sein Bestreben werde es sein, die in preussischen Gebietsteilen herrschenden Widersprüche zu beseitigen und den Zusammenschluß zu ermöglichen.

**Regierungskrise in Bayern.** Die Regierungskrise in Bayern ist nunmehr einsetzt. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns hat der Regierung das Vertrauen ausgedrückt, gleichzeitig aber das Verlangen nach einer Zusammenlegung der Regierung ausgesprochen, die den Ausfall der Wahlen entspricht. Der bayerische Landtag tritt am Dienstag wieder zusammen, zunächst mit einer Sitzung des Haushaltsausschusses und wird sofort mit der Neubildung des Ministeriums beschäftigt. Eine rein bürgerliche Regierung wäre möglich mit Zentrum, Demokraten und Mittelstandspartei. Diese, mit Einschluß der wenigen Konservativen, haben im Landtag eine Mehrheit, die aber nicht in allen Fragen handzuhalten vermag. Die Demokraten wollen auch mit dem Zentrum und den Mittelständlern zusammen keine bürgerliche Mehrheitsregierung bilden wie mit dem Ministerpräsidenten aus dem Zentrum nämlich dem Fraktionsvorsitzenden Chefredakteur und Verleger Geheimen Hofrat Feld aus Regensburg verhandelt. Die Bauernbundfraktion im Landtag ist geschlossen radikal. Zur Landtagsauflösung wird es nicht kommen, es wird vielmehr eine rein parlamentarische Regierung aus allen Parteien gebildet werden müssen.

**Die Herabsetzung der Zuckerration.** Die von allen Seiten erhobenen Einsprüche gegen die Herabsetzung der Zuckerration vom 1. Oktober haben bereits Erfolg zu verzeichnen. Wie die schlesische Provinzialzuckerstelle mitteilt, haben Verhandlungen mit den Zentralinstanzen es ermöglicht, das gefährzte Salzpfund bereits Ende Oktober nachzuliefern.

**Die italienische Kammer fordert Fiume.** Die römische Kammer nahm die Erklärung der Regierung über die Vorgänge in Fiume entgegen. Der Außenminister Tittoni verteidigte das gute Recht Italiens und dessen Ansprüche auf Fiume. Nur habe die Expedition d'Annunzios die Lage in unhaltbarer Weise verschärft. Bei der Erwählung von Fiume erhoben sich alle Minister und Abgeordneten und brachten ihm eine Kundgebung dar. Der Abgeordnete Ghisla brachte folgende Tagesordnung ein: „Die Kammer ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die harten Lebensnotwendigkeiten Italiens begreifen und den frei ausgesprochenen Wunsch Fiumes zünftig auffassen werden, mit Hinterland, Eisenbahn und Hafen mit Italien vereinigt zu werden.“ — Ghisla schiederte die für Fiume aus der Weigerung Wilsons, das von Clemenceau und Lloyd George angenommene Übereinkommen anzunehmen, entfallende Lage. — Fiume wird, so sagte er, italienisch werden oder seine Bewohner werden von den Trümmern der Stadt begradet werden.

Nach der Kammeritzung kam es im Cafe d'Uragno in Rom zu einer wahren Schlacht zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter den Rufen: „Es lebe Lenin!“ bzw. „Es lebe d'Annunzio!“ aufeinander los, wobei die Einschlagsgewehre das Cases als Waffen dienten. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wieder herstellen.

**Die bolschewistische Gefahr.** Die Beendigung der Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Sowjet-Rußland ist Mitte Oktober zu erwarten. Der Zweck des Abkommens ist lettische Zeltungsmeldungen zufolge die Vernichtung der antibolschewistischen deutsch-russischen Armee. Die Auflösung der bisherigen von Letten und Esten gehaltenen antibolschewistischen Front steht bevor. Dadurch ist die bolschewistische Gefahr in bedenklicher Nähe gerückt. Wie denkt sich die Reichsregierung erst den Schutz unserer Ostgrenze nach Zurücknahme der deutschen Truppen aus dem Baltikum? Aus Mitau wird bereits ein schwerer Ueberfall lettischer Truppen in der Nähe von Olai (20 Kilometer nordöstlich der Stadt) auf russische antibolschewistische

Abteilungen gemeldet, bei dem es auf beiden Seiten zahlreiche Verluste gab, worauf die Letten sich zurückziehen mußten. Gleichzeitig wurde versucht, die in Mitau stehenden lettischen Soldaten gegen die deutsch-russischen in Marsch zu setzen. Die Regierung Altmanis fordert das ganze lettische Volk zur Erhebung gegen ihre angeblichen „Unterdrücker“ auf. „Jedes Fenster“, heißt es in der lettischen Presse, „soll sich in eine Schießscharte verwandeln.“ Die Lage der deutschen Truppen ist demnach im Augenblick so bedrohlich, daß nur energische Maßnahmen sie vor Vernichtung bewahren können.

## Rundschau im Auslande.

**Die Einlösung der Oktobertupons in Oesterreich** wird um den 20. Oktober erfolgen.

In Polen wurden infolge des Kohlenmangels die Betriebe sämtlicher Papierfabriken eingestellt.

Nach einer Mitteilung des früheren Finanzministers beträgt das Defizit in der Tschecho-Slowakei sechs Milliarden Kronen.

**Litauen: Litauens „vorläufige“ Anerkennung.**

Neuer zufolge hat die britische Regierung dem Führer der litauischen Bewegung in London bekannt gegeben, daß England bereit ist, die litauische Regierung als einen tatsächlich unabhängigen Staat wie Lettland und Estland vorläufig anzuerkennen. Aus Anlaß der Anerkennung der Selbständigkeit Litauens durch England hat in Kowno eine große Kundgebung stattgefunden. Die Menge zog vor das Hotel Metropole, den Sitz der englischen Abordnung, und brachte ihr begeisterte Huldigungen dar.

**Ungarn: Englisch-rumänischer Zusammenstoß.**

In Budapest hat sich ein erneuter Zusammenstoß zwischen englischen und rumänischen Truppen ereignet. In der Diner Burg erschien eine rumänische Militärpatrouille, die den Austrag hatte, die gesamten telephonischen Apparate abzumontieren und mitzunehmen. In der Burg wurden die Rumänen durch englische Soldaten empfangen, die dort auf Befehl der Entente missioniert waren, um die Requirierung zu verhindern. Die Engländer forderten die Rumänen auf, sich zu entfernen. Als die Rumänen der Aufforderung nicht nachkommen wollten, wurden sie von den Engländern mit gefälltem Bajonett vertrieben. Das rumänische Kommando hat wegen des Vorfalles bei der Entente missioniert Einspruch erhoben, der Einspruch ist aber unbeantwortet geblieben. Sehr bezeichnend für die Art der rumänischen Requirierungen ist, daß aus dem Budapest Telegraphenamt von 80 Hughesapparaten 72 mitgenommen worden sind, so daß das Telegraphenamt außer Stande ist, den Verkehr aufzunehmen.

**Italien: Kabinettkrise in Rom.**

Der Reichspräsident Gabriele d'Annunzio in Fiume hat die Stellung des italienischen Ministeriums kritisch beurteilt. Alle Bemühungen der Regierung, die gewaltsame Besetzung von Fiume rückgängig zu machen, scheitern an den unbeugsamen Willen d'Annunzios, sich mit der Regierung darüber in Verhandlungen einzulassen. Andererseits ist die Regierung, wie aus den jüngsten Enthüllungen des Außenministers Tittoni in der italienischen Kammer hervorgeht, machtlos gegenüber den übrigen Entente-Staaten, die den italienischen Ansprüchen sehr zurückhaltend gegenüberstehen. Besonders die Vereinigten Staaten setzen den italienischen Wünschen den heftigsten Widerstand entgegen. Bezüglich der letzten Vorschläge Wilsons erklärte Tittoni, daß sie nicht die Vollkommenheit darstellen, daß aber ihre Verwerfung von Seiten Italiens dessen völlige Isolation nach sich ziehen würde. Aus der Rede Tittonis geht hervor, daß das Ministerium Sonnino in der Nation in der leichtfertigen Weise und ohne allen Grund die Hoffnung erweckt und unterhalten hat, daß England und Frankreich bereit seien, die italienischen Ansprüche auf vereinbarte Grundlage auch ohne Zustimmung Amerikas anzuerkennen. Die Wut der Nationalisten über diese Enthüllungen ist grenzenlos, und sie machen alle Anstrengungen, um das Ministerium Tittoni zu stürzen. Auch im Kabinett selber haben sich unüberbrückbare Gegensätze ergeben. Die Stellung des jetzigen Kabinetts ist dadurch nahezu unhaltbar geworden.

**Polen: Die Abstimmung im Teschener Gebiet.**

Der Oberste Rat der Alliierten hat der tschechischen und polnischen Regierung seine Entscheidung über die Abstimmung im Teschener Gebiet bekannt gegeben und hinzugefügt, daß in den zwei Bezirken des tschechischen Gebietes die Abstimmung nach Räumung durch die tschechischen und polnischen Truppen unter der Kontrolle einer alliierten Kommission stattfinden wird. Die Kommission wird in den nächsten Zeit bestimmt werden. Den polnischen und tschechischen Vertretern ist eine beratende Stimme zuerkannt worden.

**Rumänien: Militärregierung in Rumänien.**

Nach einem Privattelegramm des „Temps“ aus Bukarest ist nun die Ministerkrise als gelöst zu betrachten. Der Kriegsminister des Kabinetts Bratianu, General Bolotov, habe es übernommen, das Kabinett zu bilden. Er habe sich der Mitarbeit mehrerer Generale, sowie von Vertretern Siebenbürgens, Besarabiens und der Bukowina verschrieben. Das Ministerium habe sich außerhalb der Parteien gebildet. Mit Ausnahme des Ministeriums des Innern befinden sich sämtliche Posten in den Händen von Generalen. Zum Minister des Innern wurde der gewesene Gesandte in London, Wilsu, ernannt, welcher auf der Friedenskonferenz als Delegierter Rumaniens fungierte. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die neue Regierung in der äußeren Politik diejenige Bratianus weiter verfolgen, nämlich den Widerstand gegen den Friedensvertrag in seiner heutigen Form.

**England: Der Eisenbahnerstreik.**

Der sozialistische „Daily Herald“ erklärt, daß man glaubt, daß die Verwendung von Militär zu einem Auslande der Transport- und Grubenarbeiter führen könne. Es strecken bereits jetzt 80 000 Mann. Fast alle Fabriken müßten schließen. Die Nahrungsmittelproduktion ist ebenfalls herabgesetzt worden. Man ist tatsächlich wieder zu den Kriegszuständen zurückgekehrt. Die „Westminster Gazette“ vertritt die Ansicht, daß die Eisenbahndirektion bereits vor einiger Zeit einen Plan gefaßt hat, um Nahrungsmittel im Falle eines Eisenbahnerstreiks heranzubringen, um namentlich die arbeitswilligen Beamten so gut wie möglich zu schützen. Diesen Plan bezog sich nicht nur auf den Kohlen-, sondern auch auf den Fernverkehr. Wegen der großen Stauung im Verkehr nach und von dem Kontinent wird vom Montag mittag ab die englische Post nach Havre durch Flugzeuge befördert.

**Vereinigte Staaten: Der franke Wilson.**

Nach Nachrichten aus Washington ist Wilsons Zustand unverändert. Man glaubt, daß er in absehbarer Zeit nicht im Stande sein wird, seine Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiterkonferenz am 6. Oktober wird ohne ihn eröffnet werden müssen, und auch das belgische Königspaar wird er bei seiner Ankunft nicht begrüßen können.